

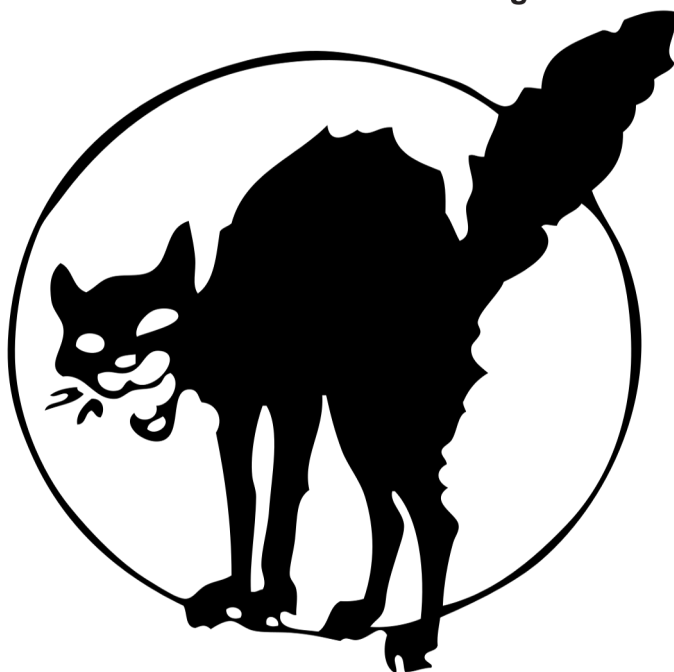
di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten

Sparprogramme um Sparprogramme, Proteste um Proteste: Die Nachrichten aus Spanien bieten ein diffuses Bild. Wo stehen die dortigen sozialen- und Arbeiter_innenbewegungen und welche Probleme stellen sich ihnen? Dieser Erfahrungsbericht soll einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.



Die Fakten sind hart: Arbeitslosenquote von über 25%, Jugendarbeitslosigkeit von über 50%, massive Einschnitte im Bildungs-, Gesundheits-, und Sozialversicherungswesen – die Krise hat Spanien fest im Griff.

Alleine dieses Jahr wurden in Spanien unzählige „Spar-“ und „Sanierungsmassnahmen“ getroffen: Im Frühjahr 2012 setzte die Regierung Rajoy eine Arbeitsreform in Gang, welche unzähligen Errungenschaften harter Arbeitskämpfe (insbesondere der 70er und 80er Jahre) ein Ende setzen sollte. Bisher galt beispielsweise, dass Gesamtarbeitsverträge bei deren Ablauf gültig bleiben, bis ein neuer ausgehandelt und unterschrieben wird. Von nun an bleibt nach Ablauf eines Gesamtarbeitsvertrages eine Einjahresfrist, um einen neuen Vertrag

auszuhandeln, ansonsten kann das Unternehmen die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbedingungen anwenden. Weiterer zentraler Punkt ist die Vereinfachung von Massenentlassungen, welche seither zuhauf erfolgen: Beispiele dafür sind die Ankündigung einer Reduzierung der Belegschaft um 4500 Angestellte bei der Fluggesellschaft Iberia oder von 5000 Entlassungen bei Bankia. Im öffentlichen Sektor spricht man für die kommenden Jahre von einem geplanten Abbau von 800'000 bis 1'000'000 Stellen.

Im Juli erliess Rajoy das königliche Dekret „Real-Decreto 20/2012“. Dieses besagt, dass allen ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors der 14. Monatslohn gestrichen wird. 14 Monatslöhne sehen nach viel aus, müssen aber aufgrund der

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2013

Nr. 22, 4. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Wenn der Schnee von gestern zum Arbeitskampf wird

4

Schneeräumer in Russland kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen

Arbeitslosigkeit und Patriotismus

5

Entlassungswellen und SVP-Propaganda hinterlassen Spuren im Sorgenbarometer

„Hier bekomme ich wenigstens etwas Suppe“

6

Arbeitsmigrant_innen landen in der Schweiz oft in Obdachlosenheimen

Das Spital „La Providence“ wird bestreikt

7

Belegschaft gegen Regierung und Genolier

Weihnachtsgeschenke bis zum Umfallen

8

Wer bei Amazon arbeitet hat nichts zu lachen

„Das Batallion Lucetti ist libertär und sonst nichts...“

9

Anarchismus und Partisan_innen in Carrara

Rubriken

Kultur
Rechtliches

11
12

Editorial

Im europäischen Süden haben die sozialen Kämpfe ein für Schweizer Verhältnisse unvorstellbares Niveau erreicht. Über die dortigen Kämpfe zu berichten, deren Situation zu analysieren und zu diskutieren ist ungemein wertvoll, denn wer weiss, wann sich auch in der bisher ruhigen Schweiz ähnliche Gräben öffnen.

Solch konfrontative Arbeitskämpfe wie in Spanien oder Griechenland sind in der Schweiz bisher nicht erkennbar. Doch auch hier gibt es Kämpfe und auch hier gibt es Streiks. Das letzte Beispiel ist der seit dem 26. November ausgerufen Streik des Pflegepersonals des Privatspitals „La Providence“ in Neuenburg. Über die Gründe, warum in der Deutschschweiz bisher – abgesehen von der Handelszeitung – kein einziges Print- oder Onlinemedium darüber berichtet hat, kann nur spekuliert werden. Klar ist bloss, dass es nicht an den Streikenden liegen kann, da diese verschiedenste Register ziehen, um an die breitere Öffentlichkeit zu gelangen: Von einer Demo in Neuenburg, über eine Pressekonferenz in Bern, bis hin zu einer Aktion am Dreikönigstag, an welcher kostenlose Blutdruckmessungen angeboten wurden. Das Problem, dass ein Streik auf eine gewisse Berichterstattung angewiesen ist, diese aber kaum beeinflussen kann, ist bekannt.

Wie bedeutend aber die mediale Resonanz ist, lassen die Ergebnisse des Sorgenbarometers 2012 erkennen: Fremdenfeindlichkeit und Patriotismus – die von den Medien breitgetretenen Lieblingsthemen der SVP – liegen in der Umfrage klar vorn. Neu ist, dass diese Themen auch von der parlamentarischen Linken aufgenommen und bejubelt werden: „Man darf wieder stolz auf sein Land sein!“

Diese propagierte Fremdenfeindlichkeit und der Nationalstolz führen leider zu weiteren Verschärfungen im Asylbereich, lenken aber gleichzeitig von weiteren wichtigen Themen ab: Der Abbau im Sozialversicherungswesen oder der Arbeitskampf im Spital „La Providence“ lassen grüssen.

Eure FAUistas

Spanien

(von Seite 1)

spanischen Lohnverhältnisse stark relativiert werden. Das Neue an diesem Dekret war, dass es rückwirkend auf Anfang Jahr angewandt wurde: Die ArbeiterInnen sollten auf den verbleibenden Löhnen bereits verdientes Geld (da der 14. Monatslohn in vielen Fällen auf die 12

tert gegen Polizei und Guardia Civil. Im Juli wanderten 200 Mineros von Asturien nach Madrid, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen und wurden bei ihrer Ankunft von mehreren 10'000 Sympathisierenden empfangen und auf ihren letzten Kilometern begleitet. Nach dem Erlass des Real-Decreto 20/2012 begannen die ersten, breiter gestreuten Streiks. Insbe-



Der „Bloque Unitario“ ruft nach dem 14. November zur Weiterführung des Kampfes auf.

festen Monatslöhne verteilt ausgezahlt wird) zurückzahlen. Dies bedeutete für die betroffenen ArbeiterInnen ab August Einschnitte von 400-600 Euro pro Monat. Gleichzeitig wurden für kommendes Jahr das Budget des Bildungswesens um 14.4% und jenes des Gesundheitswesens um 22.6% gekürzt. Diese Kürzungen sind (bisher insbesondere im Gesundheitswesen) mit Privatisierungsprojekten verbunden.

Gegenmobilisierungen nehmen zu

Diese Kürzungen blieben nicht ohne Reaktionen. Nach der Verabschiedung der Arbeitsreform Anfang 2012 kam es in Spanien zu den ersten Massenprotesten seit der Amtseinsetzung Rajoys im Jahre 2011, am 29. März folgte ein erster 24-stündiger Generalstreik und zum ersten Geburtstag der 15-M Bewegung kam es im Mai zu einer imposanten Wiederbesetzung der Puerta del Sol, welche dieses Mal aber durch hartes Eingreifen der Polizei nur kurz andauerte. Ab Anfang Juni kam es zu einem knapp zweimonatigen Streik der Minenarbeiter in der spanischen Region Asturien gegen die Kürzung der staatlichen Fördersubventionen, welche das Aus der asturischen Kohleproduktion bedeutet. Die Arbeiter besetzten ihre Minenfelder und verteidigten sie während zwei Monaten erbit-

sondere im Transportwesen kam es ab September zu unzähligen Streiks gegen die Umsetzung dieses Dekretes. Alleine Metro Madrid zählte seit September mehr als 20 partielle Streiktage. Ebenfalls ab September kam es zu unzähligen „Rodea el Congreso“ (übersetzt „Umrunde den Kongress“) Kundgebungen, welche sich gegen die politische Klasse richteten und mehrfach gewalttätig von der Polizei aufgelöst wurden. Am 14. November folgte der zweite Generalstreik des Jahres und in etwa zeitgleich begannen die ersten Einsperrungen¹ in den madrilenischen Spitälern sowie zu zahlreichen Streiks und Massenprotesten des gesamten Gesundheitswesens.

Der „Zweifrontenkrieg“

Diese grösseren Ereignisse sind eingebettet in unzählige weitere soziale Kämpfe und ergeben so das Bild eines kämpferischen Spaniens. Doch die Arbeiter_innen haben hier nicht nur mit Regierung und Unternehmer_innen, sondern auch mit den zwei grössten Gewerkschaften des Landes (Comisiones Obreras und UGT) zu kämpfen. Regierung und Unternehmen führen einen ak-

¹ Während Einsperrungen werden Eingangshallen der Spitäler von Arbeiter_innen Tag und Nacht besetzt und zu Informationspunkten umfunktioniert.

tiven Klassenkampf von oben, indem die einen arbeiter_innenfeindliche Gesetze erlassen und die anderen diese skrupellos ausschöpfen. Die beiden Gewerkschaften bemühen sich ihrerseits aktiv darum, die Kämpfe auf Sparflamme zu halten. Das Ziel der Gewerkschaften ist primär, die Kontrolle über die Kämpfe nicht zu verlieren. Dies ist für sie am einfachsten, wenn die Kämpfe in einem isolierten und überschaubaren Rahmen stattfinden. Die Kämpfe sollen gerade mal so weit angeheizt werden, dass die Gewerkschaften an den Verhandlungstisch eingeladen werden. Sobald dies gelingt, setzen die Gewerkschaften oftmals alle weiteren Kampfmassnahmen aus, „um die Verhandlungen nicht zu gefährden“ und entziehen den Arbeiter_innen so ihre Verhandlungsmacht.

Letztes trauriges Beispiel für die arbeiter_innenfeindliche Politik dieser Gewerkschaften ist das oben erwähnte Beispiel der Fluggesellschaft Iberia. Das Unternehmen kündigte Ende November an, 4500 Stellen streichen zu wollen, worauf die Gewerkschaften für die Vorweihnachtszeit 6 Streiktage ausriefen, und was geschah? Einige Tagen später, zogen die Gewerkschaften auf Druck der Regierung die Streiks zurück, „als Zeichen des guten Willens“, man wolle ja nicht den vielen Familien schaden, die an Weihnachten zusammenfinden möchten. Und so haben die Exekutiven dieser Gewerkschaften ein weiteres Mal ihr Ansehen über die Interessen der Arbeiter_innen gestellt.

Es sollte deshalb wohl kaum überraschen, dass die diesjährigen aufsehenerregenderen Arbeitskämpfe – sowohl der asturischen Minenarbeiter, als auch jener des madrilénischen Gesundheitspersonals – nicht von Comisiones Obreras oder UGT ausgingen. Vom Ausmass der Kämpfe überrascht, versuchten letztere einzig, sich an deren Spitze zu setzen, um letztendlich als Organisation davon Profit zu schlagen.

Das Festhalten am „Mittelstand“ und die hohe Arbeitslosigkeit

Man könnte meinen, dass in diesem Kontext eine libertäre Alternative auf fruchtbaren Boden stossen sollte. Und bis zu einem gewissen Grade ist dem auch so: In diesem Land wird wohl wenig als

verabscheuungswürdiger angesehen, als Politiker_innen und Banken. Begriffe wie „Kapitalismus“ oder „Arbeiter_innenklasse“, welche in der Schweiz grundsätzlich als verpönt gelten, werden hier auch in nicht-politisierten Kreisen diskutiert. Und auch das Ansehen der beiden grossen Gewerkschaften ist arg angekratzt – und doch ist eine Alternative noch in weiter ferne.

Obwohl hier „Kapitalismus“ und „Klasse“ debattiert werden, hat der Mittelklasse-Diskurs der 90er und 2000er Jahre tiefe Spuren hinterlassen. Die Leute denken kaum an eine Alternative, sondern hoffen auch ein „Zurück“. Sie wollen zurück in die 90er Jahre, eine Zeit, in der es es danach aussah, als ob die ganze Gesellschaft von dem Wirtschaftsaufschwung profitie-

Das Problem der Arbeitslosigkeit wäre ein Thema für sich. Es ist aber ausser Frage, dass diese ein immenses Problem darstellt. Die post- „industrielle Reservearmee“ hat hier die 25%-Marke erreicht. Davon versuchen die einen verzweifelt, einen Job zu finden, andere arbeiten schwarz zu prekären Bedingungen und wieder andere haben sich resigniert mit ihrem Los abgefunden. Diesem beträchtlichen Teil der Bevölkerung geht es nicht nur ökonomisch schlechter, sondern es bleiben ihm auch zentrale Kampfmittel wie z.B. der Streik vergönnt... Was in den sozialen Kämpfen wohl eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Das Problem der fehlenden Alternative

Zu alledem kommt der immer wiederkehrende Notwendigkeitsdiskurs der Regierung hinzu. Bei jeder Ansprache Rajoy's betont er, dass es keine Alternative zu seinen Massnahmen gäbe, dass sie zwar hart, aber leider notwendig seien. Und es scheint, als ob dieser stete Tropfen den Stein langsam zu höhlen beginnt und zumindest ein Teil der Bevölkerung diesen Diskurs übernimmt.



Nachdem die Privatisierung madrilénischer Spitäler angekündigt wird, kommt es vor deren Türen zu zahlreichen Spontankundgebungen: Hier vor dem Spital „Henares“.

ren könnte. Banken und Regierung hatten in dieser Zeit die Bevölkerung mit Darlehen und fiktivem Reichtum überhäuft, deren Zinsen eine Vielzahl von Arbeiter_innen und Arbeitslosen nun nicht mehr zu zahlen im Stande ist. Dies führt zu einer grossen Angst innerhalb der Bevölkerung, den bisherigen Status zu verlieren und so klammern sich viele an das, was sie noch haben: Die Arbeiter_innen schlucken Kürzungen der Lohn- und Arbeitsbedingung mit dem Argument, dass sie so zumindest den Job behalten. Die damit verbundene Verschlechterung der Lebensbedingungen führt aber dazu, dass viele Arbeiter_innen nicht mehr zu kämpfen im Stande sind, wenn es plötzlich nicht mehr nur um ihre Arbeitsbedingungen, sondern um ihre Stelle geht.

Mit der Ausrichtung der Proteste auf ein „Gegen“ – gegen die Sparmassnahmen, gegen die Regierung und manchmal gegen den Kapitalismus – bleiben auch die sozialen Kämpfe oftmals in Abwehrkämpfen gefangen.

In Spanien wird offensichtlich, dass den sozialen- und Arbeiterbewegungen nicht primär die Argumente gegen den Kapitalismus fehlen – diese sind hier nur allzu offensichtlich – sondern vielmehr die Diskussionen um alternative Gesellschaftsmodelle. Diese Debatten wären bitter nötig, um eine nachhaltige Revolution Schritt vorstellbar und somit möglich zu machen.

Paul Isler

Wenn der Schnee von gestern zum Arbeitskampf wird

Auf Russlands Strassen und Dächern bleibt immer mehr Schnee liegen, denn die Schneeräumer kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen. Andere ArbeiterInnen setzen inzwischen aufs Internet.

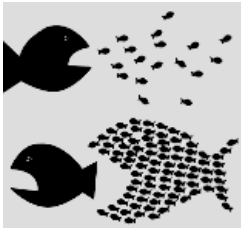
In einer der zahlreichen, ewiggleichen Strassen Moskaus. Auf dem Dach ei-

verwendet wird. Als Immigrant_in eine Wohnung zu finden, ist in Russland äusserst schwierig.

Die Einwander_innen kommen meist aus ehemaligen Sowjetstaaten. Sie arbeiten zum Grossteil als Strassenfeger, Hauswartinnen, Bauarbeiter, Installateurinnen oder Taxifahrer und haben nicht

umgehend: Sie erklärte – einen Tag nach Streikbeginn –, die Arbeitgeberin schulde den Streikenden nur einen Monatslohn und hätte diesen aus Steuerproblemen nicht bezahlen können – stellte aber in Aussicht, die zwei Dutzend Männer in Zukunft selber anzustellen. Damit werden sie immerhin die ihnen zustehenden Mindestlöhne erhalten, ihre Arbeitsbedingungen

werden sich aber kaum verbessern. Doch solange der Schnee fällt, besitzen sie zumindest haufenweise Druckmittel, um weiterzukämpfen.



Logo von antijob.net

Социальная сеть ТРУДОВОЙ ВЗАИМОПОМОЩИ

nes fünfstöckigen, grauen Wohnblockes türmen sich beinahe eineinhalb Meter Schnee. Immer wieder taucht eine Schaufel zwischen den Schneebergen auf, schiebt eine Ladung Schnee über die Dachkante. Wer dort oben am Werk ist, sieht man von der Strasse unten nicht. Hier hasten dick eingemummte Gestalten vorbei, vermeiden es wohlbedacht, zu nahe an den Häusermauern entlang zu gehen, den Blick starr auf den Boden gerichtet. Die Schneeräumer_innen auf den Dächern Moskaus sind – wie so viele unterprivilegierte Arbeiter_innen – unsichtbar.

Gastarbeiter_innen, hauptsächlich aus Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan, der Ukraine und dem Kaukasus, befreien in vielen russischen Städten nicht nur die Dächer vom Schnee sondern auch Innenhöfe und Strassen – alle Orte, die für Fahrzeuge schwierig erreichbar sind. In Moskau sind jeden Winter rund 7'000 Schneeräumer_innen unterwegs, einige sind illegal angestellt, die meisten haben keinen Arbeitsvertrag. Anstelle der gesetzlich vorgeschriebenen 15'000 Rubel (rund 450 Franken) erhalten sie oft weniger als 10'000 Rubel (rund 300 Franken). Häufig behalten die Firmen, die von der Stadtverwaltung gut für ihre Dienste bezahlt werden, einen Teil des Lohnes zurück. Die Arbeiter können sich kaum wehren, denn häufig erhalten sie ihre Unterkunft von ihrem Arbeitgeber, was in der Folge als Druckmittel

nur prekäre Arbeitsverhältnisse sondern sind auch besonders vielen Gefahren ausgesetzt. Die Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz sind oft ungenügend, so arbeiten Schneeräumer auch auf rutschigen Dächern ohne abgesichert zu sein. Auch werden die Einwander_innen, die aufgrund ihrer Berufe oft auf der Strasse oder im Freien arbeiten, besonders häufig Opfer rassistischer Übergriffe. Denn wer dunkle Haare und einen dunklen Teint hat, gilt schnell einmal als « nicht slawisch ». In Moskau und St. Petersburg kommt es wöchentlich zu teilweise äusserst brutalen Morden, und auch in anderen russischen Städten haben fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.

Wenn der Schnee liegen bleibt

Anfangs Dezember haben in Moskau sechszwanzig Strassenfeger und Schneeräumer aus Tadschikistan begonnen, sich gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu wehren, indem sie ein ganzes Quartier im Schnee versinken liessen. Der Grund: Seit sechs Monaten hatten sie keinen Lohn erhalten. Schon im Oktober streikten Schneeräumer in St. Petersburg; in Moskau sollen laut Medienberichten Ende November insgesamt 30 Prozent der Schneeräumer_innen nicht zur Arbeit angetreten sein. Auf den Streik der sechszwanzig Tadschiken reagierte die Moskauer Stadtregierung

Die Schneeräumer_innen Moskaus und St. Petersburg agieren hauptsächlich auf eigene Faust. Von den traditionellen Gewerkschaften ist für Arbeitskämpfe ohnehin nur schwer Unterstützung zu erhalten, denn diese sind nach wie vor sehr eng mit dem Staat und dessen Günstlingen – den grossen Unternehmen – verbandelt. Unabhängige Gewerkschaften gibt es zwar, auch anarchosyndikalistische (die KPAC-MAT (KRAS-MAT), Mitglied der IWA, und die sibirische CKT (SKT)), doch ist deren Handlungsspielraum eingeschränkt.

Den Patron anschwärzen

Seit sieben Jahren besteht eine Alternative: die Internetseite antijob.net, ins Leben gerufen von der libertären Organisation Автономное Действие (Autonome Aktion). Dieses « soziale Netzwerk der Arbeiterselbstverteidigung » besteht aus Informationen zum Arbeitsrecht, Neuigkeiten über verschiedene Arbeitskämpfe und einer schwarzen Liste, wo ArbeiterInnen über ihre Arbeitsbedingungen berichten. Bis jetzt sind 5405 Unternehmen eingetragen. Für russische Verhältnisse ist das noch nicht viel, aber es immerhin ein Anfang. Genauso wie der Schnee, der in einigen russischen Städten immer länger liegen bleibt.

Mirjam Grob

Arbeitslosigkeit und Patriotismus

Der Sorgenbarometer 2012 der Grossbank Credit Suisse erfasste wieder einmal per Meinungsumfrage das Befinden der Schweizer_innen. Dabei kam heraus, dass die grösste Angst Arbeitslosigkeit ist und dass die Schweizer_innen ihr Land lieben. Letzteres finden nun auch Sozialdemokrat_innen gut.

Die Mehrheit der Befragten nimmt an, dass die Schweizer Wirtschaft gesund ist. Zwanzig Prozent erwarten sogar dass es der Wirtschaft im nächsten Jahr besser gehen wird. Trotzdem ist auf dem ersten Platz der Ängste und Sorgen die Arbeitslosigkeit. Die Credit Suisse (CS) führt dies darauf zurück, dass ein hoher Beschäftigungsgrad als Voraussetzung für das Funktionieren der Schweiz angesehen wird. Wenig überraschend und auch in den letzten Jahren immer vorne mit dabei landete in diesem Jahr die „Ausländerproblematik“ auf Platz zwei. Zu ihr werden auch die Integration und die Personenfreizügigkeit gezählt.

Am dritthäufigsten sorgen sich Schweizerinnen und Schweizer laut der Umfrage um ihre Altersvorsorge. Wobei sich vor allem die jetzigen Rentner_innen sorgen, sie erwarten offenbar einschneidende Kürzungen.

Arbeitslosigkeit ist auf tiefem Niveau steigend

Dass der eigene Arbeitsplatz abgebaut wird, ist für bestimmte Sektoren aber nicht eine unbegründete Sorge, vor allem in der Industrie wurden in den letzten Jahren massiv Stellen abgebaut. Seit November 2011 haben fast 6200 Industriearbeiter_innen ihre Stelle verloren. „Ob die Talsohle in der Industrie erreicht ist, kann ich nur schwer beurteilen“, sagt Dominique Babey, Leiter des Bereichs Arbeitsmarkt beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Das Seco rechne aber im kommenden Jahr mit einer Zunahme der Quote um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte über alle Branchen hinweg. Im Durchschnitt bedeute das 16'000 Arbeitslose mehr.

Im Bankensektor waren im November 4180 Personen als arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Oktober bedeutet

dies eine Zunahme von 5,5 Prozent. Durch die geplanten Entlassungen bei CS und UBS dürfte die Arbeitslosigkeit in diesem Sektor weiterhin überdurchschnittlich steigen.

Die offizielle Arbeitslosenquote für die gesamte Schweiz beträgt im November 2012 immer noch sehr niedrige 3,1 Prozent.

Beängstigend: Neuer Patriotismus

Trotz der Sorgen und Ängste lieben die Schweizerinnen und Schweizer ihr Land: 86 Prozent der Befragten gaben an, dass sie stolz auf ihre Heimat sind.

zunächst naheliegend. Doch wirklich beunruhigend wird es wenn sich sozialdemokratische Politiker_innen wie Ursula Wyss mit folgendem Statement in der Presse zitieren lassen: „Lange Zeit war es im linken Lager verpönt, die Schweiz gut zu finden. Hier sind wir lockerer geworden. Heute kann man sowohl Patriotin sein als auch für eine welt-offene und soziale Schweiz eintreten.“ Dass es in der Schweiz durchaus salonfähig ist, gleichzeitig national und sozial gesinnt zu sein, ist aber nichts neues: Die Annahme des Minarettverbots, die seit Jahren immer stärkeren Verschärfungen des Asylwesens sind Indizien dafür. Dass



Nur 11 Prozent waren nicht zufrieden mit der Schweiz, so wenige wie noch nie.

Dieser neu ausgebrochene Nationalstolz gründet vor allem auf politischen Komponenten, in erster Linie der scheinbaren Neutralität und Eigenständigkeit des Landes. Alles in allem seien sich die Schweizerinnen und Schweizer wieder vermehrt der politischen Sonderlösungen bewusst und auch stolz darauf. Dass 80 Prozent der schweizer Gesetze den EU-Vorgaben entsprechen, wird anscheinend ausgeblendet

Dass die Bürger_innen eines von rechten bis rechtsradikalen Parteien geprägten Lands patriotisch sind, erscheint

nicht gerade selten Exponenten der finanz- und stimmstärksten Partei SVP rechtsradikales oder gar nationalsozialistisches Gedankengut offenbaren, ein anderes.

smf

www.direkteaktion.org	Direkte Aktion	
	[mehr als nur eine Zeitung]	
	Probenummer? zeitung@faubern.ch!	

„Hier bekomme ich wenigstens etwas Suppe“

Im vierten Jahr der Wirtschaftskrise trifft eine neue Welle von Wirtschaftsflüchtlingen in der Schweiz ein. Diese Leute können die Sprache nicht, haben kaum Geld und landen deswegen zum Teil auf der Strasse. Hilfsorganisationen sind überfordert, Aus- und Abgrenzung die Antwort.

Dass eine Wirtschaftskrise in Europa tobt, haben fast alle Schweizerinnen und Schweizer mitbekommen. Dass an dieser Krise aber nicht einfach die Bevölkerung eines Landes schuld ist (etwa die „faulen Griechen“ oder die „korrupten Italiener“), wollen schon viele nicht mehr wahrhaben. Wenn dann Menschen aus diesen Ländern in der Schweiz Arbeit suchen kommen, hört bei den meisten die Menschenliebe auf.

Sparprogramme – eine der Ursachen

Diese neue Welle von Arbeitsmigration ist aber überhaupt nicht erstaunlich: überall in Europa - in Spanien, Portugal, Griechenland, aber auch (und vor allem) in Deutschland werden die Sozialwerke abgebaut. Da es aber auch keine Arbeit gibt, verarmen grosse Teile der EU-Bevölkerung.

Dass diese auf der Suche nach einer Lebensgrundlage in die Schweiz kommen, ist dann naheliegend. „Vielen Ländern geht es richtig schlecht, da beginnen auch die Bildungsfernen zu wandern“, wie sich Regula Rother von der Zürcher Stadtmission äussert. Das Problem: Die Arbeitsmigrant_innen sind meist schlecht ausgebildet und sprechen kein Deutsch. «So haben sie kaum Chancen, hier eine Arbeit zu finden», erklärt Rother. Und in der Schweiz gilt: «Ohne Arbeit keine Wohnung, ohne Wohnung keine Arbeit.» Dies führt dazu, dass sich der Teufelskreis in der Schweiz wiederholt – die Migrant_innen fallen durch alle sozialen Netze und landen nicht selten auf der Strasse. Rita Schiavi, Funktionärin bei der Zentralgewerkschaft Unia, berichtet von Migrant_innen, die tagelang nichts zu Essen hatten und sich in der Not an die Unia wandten. «Zwar sind es aus der Masse der Arbeitssuchenden aus dem europäischen Ausland gesehen immer noch Einzelfälle», so Schiavi, «doch im-

mer mehr Personen reisen ohne Arbeitsvertrag und ohne Netzwerk in die Schweiz und geraten dann in eine Notsituation.»

Obdachlosenheime übertoll

Die privaten und staatlichen Organisationen, welche sich um Obdachlose kümmern, spüren diese Entwicklung vor allem jetzt in der kalten Jahreszeit direkt: Im Zürcher Pfuusbus der Sozialwerke Sieber sind jeweils mehr als die Hälfte der 27 Schlafplätze durch Arbeitsmigrant_innen besetzt. Bei der Zürcher Stadtmission gibt man täglich 80 Mahlzeiten heraus. Normal wären 50.

In der Stadt Bern gibt es rund 100 Not-schlafplätze, die aber fast immer restlos belegt sind. Einem Bericht der Berner

Zeitung zufolge mussten gerade angekommene Migrant_innen auch schon auf dem Boden schlafen, weil nichts sonst verfügbar war.

Die Sozialwerke stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. Mit verschiedenen Mitteln versuchen sie gleichzeitig den Leuten zu helfen und sie zu verschrecken. Denn für die Sozialwerke, wie für die Gemeindebehörden ist klar: „wir werden verhindern, dass Zürich zum Anziehungspunkt für Menschen ohne berufliche Perspektive in unserer Stadt wird.“ wie es Thomas Meier, Sprecher des Sozialdepartementes formuliert. Die Caritas Zürich fordert von der Stadt, dass sie eine Anlaufstelle schafft, welche die Arbeitsmigranten möglichst von einer Rückkehr in ihre Heimat überzeugt, wie deren Sprecher Ariel Leuenberger erklärt.

Bereits im Sommer 2011 gab Karin Keller-Sutter, Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, die Marschrichtung vor: „Diese Leute müssen weggewiesen werden, das ist nicht der Sinn der Personenfreizügigkeit.“ Wer in die Schweiz komme, um Arbeit zu

suchen, müsse über genügend Geld verfügen, um sich sein Leben selber finanzieren zu können. Er dürfe „sicher nicht unsere Sozialwerke belasten“, so Keller-Sutter. Auch Heinz Brand, Präsident der kantonalen Migrationsämter stösst ins selbe Horn: „Wichtig ist, dass die Institutionen zusammen mit der Fremdenpolizei dafür Lösungen finden.“

In Bern gibt es solche Aussagen (noch) nicht, denn die Stadt macht – wie oft wenn es um Ärmere geht – nichts.

Ob Repression hilft?

Dass es für die Politiker_innen der ach so humanitären Schweiz nicht darum gehen kann, Menschen vor dem Hungern oder Erfrieren zu bewahren, ist nicht überra-



schend. Jahrelange Diskussionen über „Sozialhilfebetrüger“, „kriminelle Ausländer“, den „mensenverachtenden Islam“ und „unsere kleine Schweiz“ hinterlassen Spuren.

Ein repressiver Umgang mit dem Problem wird aber nichts bringen. Die Menschen sind ja nicht „Luxusflüchtlinge“, die ihr Umfeld verlassen, um in der Schweiz auf der faulen Haut herumzuliegen, wie uns das Politiker_innen von SP bis SVP glauben machen wollen. Die Leute sind verzweifelt: „Ein Rumäne sagte mir kürzlich, dass er zu Hause gar nichts bekomme und hier wenigstens eine Suppe. Weshalb sollte er zurückgehen?“, so Regula Rother von der Zürcher Stadtmission.

smf

Das Spital „La Providence“ wird bestreikt

Unbeachtet von der deutschschweizer Presse und deswegen unbemerkt von der deutschschweizer Öffentlichkeit streiken seit dem 26. November Pfleger_innen im neuenburger Privatspital „La Providence“.

Im November 2012 gibt die Verwaltung von „La Providence“ bekannt, dass das Spital an die Gruppe „Genolier Swiss Medical Network“ verkauft wird. Die Belegschaft ist besorgt, denn Genolier lässt verlauten, dass der kantonale Gesamtarbeitsvertrag (GAV) „Santé 21“ nicht mehr gültig sein soll, dass verschiedene Bereiche ausgelagert werden und dass es zu Entlassungen kommen wird. Die Besorgnis steigert sich bald darauf zur Wut, als der Neuenburger Regierungsrat bekannt gibt, dass Genolier eine Ausnahmegewilligung erhalten hat. Diese erlaubt es Genolier in den Jahren 2014 bis 2016 den GAV nicht einzuhalten. Der Vertrag wäre für „La Providence“ als subventionierte Pflege- und Gesundheitseinrichtung aber verpflichtend.

Ein ausgesetzter Vertrag hätte aber massiv schlechtere Arbeitsbedingungen zur Folge, ein Spitalangestellter rechnete an einer Veranstaltung vor, dass sein Lohn ohne GAV um 1000 Franken sinken würde.

Von Verhandlungen zum Streik

Die Belegschaft reagierte auf diesen Angriff mit Hilfe der Zentralgewerkschaften Unia und Syna zunächst mit der Einschaltung des Einigungsamtes. In gut sozialpartnerschaftlicher Manier sollte einen „für beide Seiten akzeptablen“ und „realistischen Lösungsvorschlag“ ausgehandelt werden. Kaum überraschend weigerte sich Genolier seinen Angriff abzumildern. Die Gruppe weigerte sich dann auch auf die Vermittlungsvorschläge einzutreten. Der Regierungsrat, auf der anderen Seite, weigerte sich die Ausnahmegewilligung zurückzunehmen, also den GAV wieder in Kraft zu setzen. Warum der Regierungsrat sich weigert, auch trotz erstarkenden Protesten, ist unklar: einerseits möchte er wohl einen „Standortvorteil“ im interkantonalen Wettbewerb herausholen – also andere Unternehmen auf Grund von schlechten Arbeitsbedingungen anlocken.

Andererseits hat der Kanton als Besitzer von Spitälern auch ein unmittelbares unternehmerisches Interesse daran im Pflege- und Gesundheitssektor die Löhne zu senken und die Arbeitshetze zu verstärken. Da die Verhandlungen alle ohne jegliches Ergebnis geendet hatten, entschieden sich die Beschäftigten am 22. November zum Streik, dieser sollte am 26. November beginnen und unbefristet sein.

Für den GAV, gegen Auslagerung

Obwohl sich der Konflikt vor allem an der Aussetzung des GAVs entzündet hat, geht es den Streikenden nicht nur um dessen Gültigkeit. Ebenso wehren sich die Streikenden gegen die Auslagerung aller Bereiche, welche nicht unmittelbar zur Pflege und Medizin an sich gehören. So sollen etwa Wäscherei, Reinigung und verschiedene Bereiche rund um die Patient_innenunterbringung ausgelagert werden. Die Auslagerung in externe Firmen hätte einerseits die Schwächung der Macht der Belegschaft zur Folge und andererseits würden diese Bereiche nicht mehr zur Pflege- und Gesundheitsbranche gehören und wären deswegen nicht mehr dem GAV „Santé 21“ unterstellt. Beide Aspekte haben also eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Folge. Die Streikenden verlangen zudem, dass Genolier das Spital ohne Stellenabbau übernimmt.

Ausweitung des Streiks

Die Streikenden bemühten sich von Anfang an auch um den Kontakt zur Bevölkerung. Sie versuchten etwa ihre Forderungen zu verbreiten, um Unterstützung für ihren Streik zu erhalten. Sie organisierten deswegen am 18. Dezember eine Demonstration in der Altstadt von Neuchâtel, an welcher rund 50 Streikende und etwa

150 Angehörige, Gewerkschafter_innen und Unterstützer_innen teilnahmen. Unter anderem auch als Anlaufstelle für Interessierte stellten die Streikenden auf dem Parkplatz vor dem Spital eine Jurte auf. Dieser Streikposten wurde von der Spitalleitung per Gericht für illegal erklärt. Der Kanton ordnete darauf die Räumung des Streikzeltens am Weihnachtstag an. Die Streikenden liessen sich davon aber nicht einschüchtern und bauten ein neues Streikzelt auf, zuerst vor der katholischen Kirche, welche sie nach einem Tag aber wieder verjagte, und dann in einem Park neben dem Spital, wo es jetzt noch steht. Die Entschlossenheit der Streikenden führte dazu, dass der Streik über die Wochen nicht kleiner wurde, sondern dass sich sogar einige der nicht streikenden



Beim Fackelumzug vom 18. Dezember

Mehrheit der Belegschaft dem Streik anschlossen. Um Bewegung in die Sache zu bringen, müssen die Streikenden mit dieser Energie und Entschlossenheit den Konflikt weiter verstärken. Dies können sie aber nur, wenn wir alle ihnen den Rücken stärken. Dies ist zum Beispiel am 26. Januar möglich, dann findet in Neuchâtel eine grössere Kundgebung zur Unterstützung des Streiks im Speziellen und gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in dieser Branche im Allgemeinen statt.

smf

DEMONSTRATION

26. Januar 2013, 10:30
Neuchâtel, Place de la Gare

Weihnachtsgeschenke bis zum Umfallen

Amazon ist mittlerweile der weltweit grösste Onlinehändler. Kein Kontinent, auf dem es noch nicht möglich wäre zu jeder Tages- und Nachtzeit Bücher, elektronische Geräte, Kleider und vieles mehr zu kaufen und sich bequem und kostenlos nach Hause liefern zu lassen.

Die Filialen reichen von Deutschland über Südafrika, Costa Rica und Kanada, bis nach Indien und China. Was für die Kund_innen sehr praktisch ist, bedeutet für die Angestellten zusätzliche Arbeitszeiten, Überwachung und unglaublicher Leistungsdruck.

Besonders vor Weihnachten, der Spitzenzeit im Onlineversandhandel, werden die Arbeitsbedingungen noch unerträglicher. Damit die vielen Bestellungen vor Weihnachten abgewickelt werden können, wird die Belegschaft vielerorts verdreifacht. Amazon stelle so gut wie jeden und jede ein, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken, heisst es hinter vorgehaltener Hand. Die Arbeitsvermittlungsstellen rund um die Logistikzentren freuts, können sie doch Ende Jahr mit glänzenden Zahlen auftrumpfen. Für die Angestellten hingegen beginnt damit ein harter Konkurrenzkampf. Denn alle wollen nach dem Weihnachtsgeschäft bleiben, den Job behalten. Einen festen Arbeitsvertrag gibt es nicht, die Stellen sind befristet. Laut der deutschen Zentralgewerkschaft ver.di seien aber auch das restliche Jahr über rund zwei Drittel der Beschäftigten nur befristet angestellt. Es gibt Fälle, in denen Angestellte fünf Jahre warten mussten, bis sie einen festen Arbeitsvertrag erhielten. Und genau dies macht sich Amazon zunutze, um noch mehr Leistung von den Angestellten zu erzwingen. Ständiger Druck, ständige Kontrolle und die ständige Angst, demnächst entlassen zu werden, macht die Mitarbeitenden „gefügig“. Die Kommissionierer_innen, die im Lager die bestellte Ware zusammensuchen, bekämen stündlich eine Nachricht auf ihren tragbaren Computer. Darin würden sie gedrängt „schneller und noch schneller zu arbeiten“, wie ein Amazon Angestellter der „Augsburger Allgemeinen“ erzählte.

Dazu kommen die langen Wege, die die Mitarbeiter_innen zurücklegen müssen - bis zu 40 km am Tag. Aber auch die „Einpacker_innen“ haben enormen Druck. 30 Sekunden um ein Paket komplett zu verpacken, ist die Vorgabe; das macht 120 Pakete pro Stunde. (Deutschlandweit werden täglich zwei Millionen Pakete über Amazon versandt) Werden die Ziele nicht erreicht, schrecken die Vorgesetzten auch nicht davor zurück, die „Fehlbaren“ vor allen Mitarbeiter_innen aufs schärfste zusammenzustauchen, wie eine ehemalige Amazon Angestellte in einem Interview mit dem ZDF berichtete.



Doch die Liste mit Vorwürfen, die Angestellte an Amazon anbringen, ist noch viel länger: Wer zur Toilette müsse oder „zu viel“ trinke, werde gerügt. Das Sprechen mit Kolleg_innen ist während der Arbeitszeit verboten. Wer es trotzdem tue, bekomme eine gelbe Karte. Nach der zweiten oder dritten Ermahnung folge die rote Karte und die Drohung, dies in der Personalakte zu vermerken. Jeder Handgriff werde verfolgt und dokumentiert, Schmuck und Ohrringe dürfen nicht getragen werden und beim Werkeingang gibt es eine Sicherheitsschleuse, wie an einem internationalen Flughafen. Die Angestellten müssen ihren Gürtel ausziehen und ihre Taschen leeren; und dies jeden Tag, bei jedem Gang in die Pause und zurück. Sie fühle sich wie in einem Hochsicherheitsgefängnis, klagt eine Angestellte, von „menschenunwürdigen Bedingungen“ spricht ein anderer. Amazon Deutschland gab der „Augsburger Allgemeinen“ dazu folgende Stellung ab: „Eine Aufgabe unseres Managements ist

es, zu jeder Zeit für ein sicheres Arbeitsumfeld aller Mitarbeiter zu sorgen sowie das Unternehmen vor Schaden auch finanzieller Art zu schützen“. Für die Angestellten hat dies nebst der Schikane zur Folge, dass sie erstens, die ganze Zeit unter dem Generalverdacht des Diebstahls stehen und zweitens, die eh schon kurze Mittagspause von 35 Minuten noch einmal um mindestens 10 Minuten verkürzt wird. Dazu kämen die langen Wege von der Logistikhalle in die Kantine und die Wartezeit bei der Essensausgabe. So könne man effektiv vielleicht fünf Minuten Pause machen, erzählen Mitarbeiter_innen. Täglich kollabierten Leute während der Arbeit, weil sie zu wenig getrunken hätten, dem Druck nicht mehr standhielten und psychisch und körperlich komplett ausgelaugt seien. Einige berichten, dass es nicht ungewöhnlich sei, wenn der Notarzt mehrmals wöchentlich vorbeikommen müsse.

Aber auch bezüglich des Lohnes sieht es bei Amazon nicht gut aus. 9.50 Euro ist der durchschnittliche Stundenlohn für Mitarbeiter_innen bei Amazon Deutschland. Das sind zwei Euro weniger als es der Tarifvertrag vorsehen würde. Doch Amazon weigert sich bis heute, diesen anzuerkennen. Eigentlich verspricht Amazon den Angestellten einen Bonus auf Überstunden zu bezahlen. Tatsächlich werde dieser aber kaum je ausbezahlt und manche berichten gar davon, gar keinen Lohn für die geleisteten Überstunden erhalten zu haben. Mehrarbeit werde sehr kurzfristig angeordnet und der freie Tag einfach gestrichen.

So schufteten sich die Amazonmitarbeiter_innen vor Weihnachten fast zu Tode, damit wir schön bequem, ultraschnell und vor allem supergünstig unsere Weihnachtsgeschenke von zu Hause aus bestellen können, um dem Weihnachtsstress zu entgehen. Für Amazon geht die Rechnung auf – glückliche, kauffreudige Kund_innen und eingeschüchterte, unterbezahlte Arbeitskräfte ergeben Ende Jahr einen enormen Gewinn.

cme

‘Das Bataillon Lucetti ist libertär und sonst nichts ...‘

Carrara – Marmorstadt und Zentrum des anarchistischen Widerstands

Der Friedhof Turigliano in Carrara hat eine Besonderheit: Er ist die letzte Ruhestätte vieler Anarchist_innen. Anfangs war dort nur das Grab des Mussolini-Attentäters Gino Lucetti. Als sein Genosse, der an der Vorbereitung des Attentates beteiligt war, später eines natürlichen Todes starb, wollte er an Lucettis Seite beigesetzt werden. Auf dem Friedhof liegt beispielsweise auch Giuseppe Pinelli, der sich als Jugendlicher der Resistenza anschloss und Anfang der sechziger Jahre die Gruppe Sacco und Vanzetti ins Leben rief. Deren Lokal war der erste Treffpunkt der Mailänder Anarchist_innen. 1969 kam Pinelli ums Leben, als er während eines Verhörs aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums „fiel“. Die Polizei suchte die Verantwortlichen für das Massaker der Piazza Fontana, das sich später als Werk von Faschist_innen herausstellte, zielsicher im linken Spektrum und beschuldigte Pinelli.

Carrara liegt nordwestlich von Pisa in den Apuanischen Alpen und ist weltweit bekannt als „Stadt des Marmors“. Michelangelos Skulpturen in Rom und Florenz sind aus feinstem Carrara-Marmor. Feiner Carrara-Marmorstaub ist auch als Putzkörperchen in Zahnpasta.

Die Geschichte der Stadt ist von den harten Arbeitsbedingungen beim Abbau des kostbaren Steins geprägt. Bereits die Sklavenarbeiter Roms mussten die Marmorblöcke aus dem Fels brechen. Sie trieben dazu aufquellende, weil mit Wasser übergossene Holzkeile in mühsam geschlagene Schlitzze. Im 18. Jahrhundert löste Schwarzpulver einen unkontrollierten aber uneffektiven Abbau aus. Unter den Großgrundbesitzern im 19. Jahrhundert sägten die Arbeiter mit der Hand und schafften ein paar Zentimeter pro Tag. Besonders der Abtransport der großen Blöcke war eine halsbrecherische Angelegenheit: Auf Holzstämmen rollend, die immer wieder vorne untergelegt wurden, ließ man die großen Quader mit Seilen „gesichert“ den Hang hinabrutschen. Häufig wurden dabei Arbeiter durch rutschende Marmorblöcke zerquetscht.

Heute werden die Blöcke mit Diamantdraht geschnitten und mit großen LKWs

in engen Kurven hinabgefahren. Kleine autonome Gruppen von Arbeitern bedienen den Maschinenpark der Steinbrüche, die sich zum Teil in Privatbesitz befinden oder von Kollektiven verwaltet werden.

Aufstände gab es in Carrara bereits im 19. Jahrhundert. „Dabei hat es Tote gegeben und über 700 Leute sind zu 2.500 Jahren Gefängnis verurteilt worden“, bilanziert Alfonso Nicolazzi über einen 1894 von der Armee niedergeschlagenen Aufruhr gegen die Erhöhung der Getreidemahlsteuer.

Wer Carrara einen Besuch abstattete und sich nach der Geschichte des Widerstands vor Ort erkundigte, wurde meistens an Alfonso Nicolazzi verwiesen. Bis zu seinem



Gogliardo Fiaschi (mit Fahne) bei der Einnahme von Modena

Tode war er auch außerhalb Italiens eine bekannte Persönlichkeit der anarchistischen Bewegung und in der Internationale der Anarchistischen Föderationen (IAF) aktiv. Vor Ort organisierte er sich – wie viele in Carrara – in der “Federazione Anarchica Italiana” (FAI). Anfang der 70er Jahre schmiss er seinen Beruf als Fluglotse bei Alitalia. Mit der Abfindung, die er als aktiver Gewerkschaftler heraushandeln konnte, baute er ein neues Projekt auf: „Nach der 68er und 69er Bewegung waren wir voll von Enthusiasmus. In Italien gab es keinen Ort, wo die anarchistische Bewegung sich entsprechend organisieren und ausdrücken konnte. Also haben wir angefangen diese Druckerei zu gründen“. Viele Leute haben im Laufe der Zeit im Druckkollektiv mitgearbeitet. “Einige sind nur Tage geblieben, einige Monate, einige Jahre...“. Nicolazzi blieb bis zum Schluss

und war die letzten 30 Jahre mit der redaktionellen und technischen Produktion der wöchentlichen FAI-Zeitung *Umanità Nova* beschäftigt. Während er am 24. September 2005 die Zeitung zur Post bringen wollte, erlag er seinem Herz-Kreislaufleiden. Nun liegt auch er in Turigliano. Es war eine riesengroße Beerdigung mit vielen Leuten.

Eineinhalb Jahre vor seinem Tod trafen wir ihn zum Auftakt eines Stadtrundgangs im „Circolo Culturale Anarchico Gogliardo Fiaschi“. Gogliardo Fiaschi war der wohl jüngste Partisan von Carrara. Im Alter von 13 Jahren, er frisierte aber seine Dokumente auf 15, schloss er sich im September 1943 dem Widerstand an. Mitten im darauf folgenden Winter machte sich er auf den Weg

durch die deutsche Gotenlinie zu den Alliierten an der Seravezza-Front. Die standen zwar keine 20 Kilometer weiter südlich, hatten ihre Offensive aber bis April aufgeschoben. Zu dieser Zeit drohte ständig Gefahr von allen Seiten: von der deutschen Besatzungsmacht, den italienischen Faschisten und den alliierten Luftangriffen.

Fiaschi schaffte es nach Seravezza. Die Alliierten schickten ihn weiter zur Abetone-Front. Als im April die Offensive gegen die deutschen Stellungen wieder anlief, rückte er mit der PartisanInnendivision „Modena“ vor bis zum Einmarsch in die Stadt am südlichen Rand der Poebene.

An der Piazza Gramsci erinnert ein Denkmal an Alberto Meschi (1879-1958). 1905 wanderte er nach Argentinien aus und wurde dort einer der Anführer der libertären und gewerkschaftlichen Bewegung. Vier Jahre später wurde er ausgewiesen, kehrte nach Italien zurück. In Carrara begleitete er als Gewerkschaftler die Arbeitskämpfe in den Marmorsteinbrüchen und der Arbeiter der Versilia. Als der Faschismus in Italien aufkam, wanderte er nach mehreren gegen seine Person gerichteten Übergrif-

fen der Faschisten Anfang der 20er Jahre nach Frankreich aus. In Paris war er einer der Gründer_innen der antifaschistischen Sammelbewegung und der italienischen Liga für Menschenrechte. Im spanischen Bürgerkrieg kämpfte er in der Kolonne Rosselli. Wieder in Frankreich wurde er bis zum Ende des Jahres 1943 interniert. Dann kehrte er nach Italien zurück, leitete nach der Befreiung den Gewerkschaftsbund in Carrara und gab das libertäre Gewerkschaftsblatt "Der Marmorarbeiter" heraus. Die meisten anarchistischen Partisan_innen Italiens organisierten sich in gemischten Einheiten, den "guistizia e libertà", "matteotti", "autonomen" Formationen und auch bei den kommunistischen "garibaldi". In der Gegend von Carrara gab es auch fast ausschließlich anarchistische Gruppen. Die zahlenmäßig stärkste, in die sich auch Fiaschi zuerst eingereiht hatte, nannte sich nach Gino Lucetti. „Von den Bergen Sarzanas werden wir eines Tages hinabsteigen - aufgepasst Partisanen des Bataillon Lucetti. Das Bataillon Lucetti ist libertär und sonst nichts ...“, lautet der Refrain eines Liedes, das noch heute gesungen wird - zumindest im Circolo Anarchico Gragnana. Auch dieses Lokal, etwas außerhalb von Carrara gelegen, ist seit 1945 ein anarchistischer Treffpunkt. Früher köchelte hier eine Volksküche, eingerichtet 1913 während einer Aussperung der Marmorarbeiter. Jemand erzählte dort von der Kampfgruppe "Elio", die für ihre rebellischen und spontanen Aktionen berühmt war. Im Kampf bei Torrione konnte "Elio" 82 Deutsche gefangen nehmen und gegen Partisanen austauschen. "Aliberti", "Pelliccia" und "Schirru" nannten sich die anderen anarchistischen Formationen, die in der Gegend aktiv waren. Die Waffen stammten zum Teil aus den Beständen der aufgelösten italienischen Armee. Noch bevor die Deutschen Carrara besetzt hatten, begann man mit der Entwaffnung der dort stationierten Garnisonen. Nur ein einziger Soldat leistete geringfügigen Widerstand. "Am Morgen des 9. September marschierten die deutschen Truppen in der Marmorstadt ein", erinnert sich Sergio Ravenna, "und positionierten ca. 150 Meter von uns entfernt einen Panzer. Vielleicht wäre es nicht angebracht gewesen, das Feuer zu eröffnen. Doch Alfonso Cacciatori, der aus einem Konzentrationslager hatte flüchten

können, war voller Hass gegen die Deutschen, so dass es kein Halten gab. Es begann ein ca. eine Stunde dauernder Kampf. Marcello Grassi wurde vom Panzer in Stücke gerissen, andere nur leicht verletzt. Wenigen von uns gelang es noch, die Waffen einzusammeln und sie mit Mühe in eine Höhle zu bringen. Dort blieben wir 3 Tage lang und hofften auf Nachrichten. Irgendeine Versorgung hatten wir nicht"¹. Nach dem Krieg und der langen Zeit des italienischen Faschismus schlossen sich Italiens Anarchist_innen in der neuen FAI zusammen. Die Föderation gab rund fünfzehn Zeitschriften heraus und hatte ihren größten Einfluss in Mailand und Genua. Carrara wurde zu ihrem Zentrum. Anarchistische Kooperativen bewältigten das alltägliche Überleben, besorgten Nahrungsmittel und kümmerten sich um Arbeit. Die Infrastruktur war zerstört – Trümmer und Minen mussten geräumt und alles wieder aufgebaut werden. Die Marmorbrü-



Der Sitz der FAI in Carrara

che waren geschlossen und alle arbeitslos. Die ehemalige Eisenbahnbrücke ist eine der anarchistischen Wiederaufbauleistungen. 1945 sprengten deutsche Truppen auf dem Rückzug die Brücke – nicht aus strategischen Gründen, meint Alfonso Nicolazzi, sondern „als Vergeltungsmaßnahme für den Widerstand der letzten Monate und Jahre“. Eine kleine Gedenktafel weist darauf hin, dass die F.A.I. und das lokale Gewerkschaftshaus diese "unverzichtbare Lebensader für den Fortschritt unserer Stadt" zehn Jahre nach ihrer Zerstörung wieder errichtet haben. Sie war dann wieder die Hauptverkehrsader für den Abtransport des Marmors, bis die Eisenbahnlinie Mitte der

60er Jahre eingestellt wurde.

Gogliardo Fiaschi kehrte nach der Befreiung in die Steinbrüche der Marmorstadt zurück – dort musste er bereits seit seinem achten Lebensjahr arbeiten. Anfang der 50er Jahre lernte er José Lluís Facerías kennen. Der spanische Anarchist und Veteran der Ascaso-Kolonie im spanischen Bürgerkrieg war 1945 aus einem Franco-Gefängnis entkommen und hielt sich illegal in Carrara auf. Nach einiger Zeit beschlossen sie, den bewaffneten Kampf gegen das Franco-Regime aufzunehmen. Mit dem Fahrrad überquerten sie 1957 die Pyrenäen, flogen jedoch nach kurzer Zeit auf. Facerías wurde in Barcelona von der Guardia Civile in einen Hinterhalt gelockt und ermordet. Fiaschi wurde verhaftet, gefoltert und von einem Militärgericht zu 20 Jahren Haft verurteilt. Mehr als 10 Jahre hatte er in verschiedenen spanischen Gefängnissen gesessen, bis er 1966 nach einer Amnestie entlassen – und nach seiner Rückkehr in Italien gleich

wieder eingesperrt wurde. Ohne sein Wissen hatte ihn ein Gericht in Abwesenheit zu 10 Jahren Gefängnis wegen Bankraub verurteilt. Den soll er mit Facerías 1957 in Monferrato begangen haben. Eine internationale Kampagne forderte seine Freilassung. Im März 1974 – nach insgesamt 17 Jahren Haft – öffneten sich für

ihn die Gefängnistore.

Nach längerer Krankheit starb Gogliardo Fiaschi am 29. Juli 2000. Seinen Trauerzug durch die Stadt begleiteten AnarchistInnen aus ganz Italien. Beigesetzt wurde er standesgemäß neben Lucetti und Pinelli. An diesem Tag vor hundert Jahren hatte der Anarchist Gaetano Bresci den italienischen König Umberto I. umgebracht. Auch an den Königsmörder erinnert ein Denkmal beim Friedhof.

Wolfgang Most

Der Text wurde uns freundlicherweise vom Autor zur Verfügung gestellt und stammt von dessen Homepage <http://www.resistenza.de/>

¹ Zitat übersetzt aus: Gianluca Attuoni und Pietro Volpi: Anarchici Nella Resistenza. A.N.P.I Carrara 2004

wir schlagen uns durch das leben

kommen wir doch aus heimen und
armen familien

wir schlagen uns durch das leben

überall standen wir an den schwellen
sahen durch offene türen in den glanz

wir schlagen uns durch das leben

so unterschiedlich wir auch sind
so unterschiedlich in gesicht und statur

so wenig haben wir mit den anderen
zu tun

wir schlagen uns durch das leben

in unseren herzen liegt das elend gut
verborgen und nach all den jahren

schlummert es sanft vor sich hin

wir schlagen uns durch das leben

wir schlagen uns durch dieses leben
noch etwas unbeholden im schlagen

gegen die die uns zum schlagen
zwingen

von: Hans Marchetto

caterpillars

irgendwo
stapeln sie sich

caterpillars

mit ab
gelaufen sohlen

ich werf
sie nicht fort

sind sie doch
treue gefährten

auf einem
steinigen weg

letztthin

auf einem
zeitungsbild

sah ich sie
haufenweise

seither stell ich sie
in reih und glich

ps oder
besser doch
nicht

von: Hans Marchetto

Sabotage

Menschen denen die Würde genommen
Sind auf den Geschmack gekommen
'nen Bolzen ins Getriebe legen
Da wird sich später nix bewegen
Und teures Material zerstört
Der Boss ist wirklich echt empört
Ein Virus im Computerlein
So lustig kann die Arbeit sein
Großer Schaden, großer Spaß
Es kostet nichts und bringt dir was
Wenn's richtig kracht
Und nichts mehr geht
Und jede Hilfe kommt zu spät
Das ist des kleinen Mannes Rache
Mal einfach was kaputt zu mache

von: Harald Stubbe

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



abonnieren?

- ☐ Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- ☐ Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- ☐ Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-). Anzahl:

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

